

Halle'sches Tageblatt.



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die vierteljährliche Correspondenz-Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

Reclamen vor dem Tageskalender die drei-gehaltene Correspondenzzeile oder deren Raum 40 Pfg.

Nr. 43.

Sonnabend, den 20. Februar 1886.

87. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Tagesordnung

für die

Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung.

Montag den 22. Februar cr. Nachmittags 4 Uhr.

Öffentliche Sitzung.

1. Feststellung des Etats der Fortbildungsschule pro 1886/87;
2. Genehmigung einer Ueberschreitung des Gymnasial-Etats Tit. VIII und Erhöhung dieses Titels;
3. Nachbewilligung einer Ueberschreitung bei Tit. IV pos. 7 des Etats der Elementarschulen;
4. Nachbewilligung auf Tit. XVII pos. 4 des Kämmerer-Etats (Dispositionsfonds);
5. Nachbewilligung von Etatüberschreitungen bei der Gottesackeraffe (Tit. III pos. 7);
6. Nachbewilligung von Etatüberschreitungen bei der Hospitalaffe (Tit. V);
7. Etatüberschreitungen bei der Hospital- und Armen-Kasse;
8. Antrag auf Befreiung der Inspektorstelle auf dem Südringhofe durch einen Landchaftsgärtner;
9. Mittheilung des Magistrats in Betreff der Schmalz-Stiftung;
10. Wasserabgabe an die Diaconissen-Anstalt;
11. Feststellung des Etats des Wasserwerks pro 1886/87;
12. Nachbewilligung von 200 Mk. für den Neubau des Spritzenpumptens und Stallgebäudes auf dem Grundstücke Blücherstraße No. 3;
13. Nachtragsantrag für die Thurnstraße zwischen Linbenstraße und Pfännerhöhe;
14. Bewilligung der letzten Rate zur Anlage einer Reinigungsanstalt für die Abwässer des Thorsperrkanals;
15. Nachbewilligung beim Etat der höheren Töchterschule;
16. Nachbewilligung auf den Etat der Realschule;
17. Abänderung des Regulativs für die Gemeinde-Einkommenersteuer;
18. Erlaß der Messförderung für Gas- und Wasserverbrauch bei der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung;
19. Ausantwortung des Nachlasses eines verstorbenen Siechenhülers an dessen Erben;
20. Genehmigung einer Entschädigung für das vom Grundstück Langestraße Nr. 18 zur Straße abgetretene Terrain;
21. Antrag auf Anlegung einer Straßenbahn vom Norden nach dem Süden.

Geschlossene Sitzung.

22. Definitive Anstellung eines Kanzlisten;
 23. Antrag auf Gewährung einer Subvention.
- Der Vorsitz der Stadtverordneten-Verammlung, Gneist.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Anträge auf Schulgeld-Ermäßigung oder Erlaß bei der hiesigen städtischen Bürgerknaben- oder Bürgermädchen-Schule für die Zeit vom 1. April 1886 bis eben dahin 1887 bis zum 10. März d. J. bei den Herren Direktoren **Marjchner** und **Steger** einzureichen sind, mit dem Bemerken, daß:

- 1) diese Erlasse und Ermäßigungen nur **einheimischen** Kindern gewährt werden und
 - 2) die Gesuche um Schulgeld-Erlaß oder Ermäßigung **von Knaben und Mädchen zugleich in ein und demselben** Antrage zu vereinigen sind.
- Halle a. S., den 17. Februar 1886.
Der Magistrat.

Handelsregister

des königlichen Amtsgerichts zu Halle a. S.
In unser Firmenregister ist unter No. 1528 die Firma: „**Albert Mund**“ als hiesige Zweigniederlassung der Firma **Albert Mund** in Magdeburg und als deren Inhaber der Kaufmann **Albert Mund** in Magdeburg eingetragen worden.

Ferner ist für die vorbenannte Firma: „**Albert Mund**“ dem Kaufmann **Robert Knauer** zu Halle a. S.

Prokura erteilt und ist deren Eintragung unter No. 319 unseres Prokurenregisters erfolgt.
Halle a. S., den 16. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht, Abth. VII.

Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 19. Februar.

* In dem Kampfe, der im Lager der badischen Ultramontanen ausgefochten und in ganz Deutschland mit Recht als ein weit über die örtliche Bedeutung hinausgehendes Ereigniß mit größtem Interesse verfolgt wird, hat bisher die gemäßigtere Richtung über die Untrantigkeiten entschieden die Oberhand behalten. Hinter dem Führer der ersteren, der bisher als das anerkannte Haupt der katholischen Partei in Baden galt, dem Defan-Lender, steht nicht nur fast die gesamte Kammerfraktion des Centrums, sondern es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß diese Männer sich im Einklang mit der Stimmung des überwiegenden Theils des katholischen Volkes in ihrer Heimat wissen. Ob die „katholische Volkspartei“ in Baden darüber auseinander fällt oder ob die äußere Eintracht einigermaßen wieder hergestellt wird, mag dahingestellt bleiben, es wird dadurch an der bedeutsamen Thatsache nichts geändert, daß aus den obersten Kreisen der katholischen Kirche und der politischen Vertretung der katholischen Bistümer ein sehr entschiedener Protest gegen das rohe, aufkehende, Unfrieden stiftende Treiben der ultramontanen Demagogie ergangen ist, welche mit allen Mitteln der Erregung, der Leidenschaften und des Hasses den kirchenpolitischen Kampf nach dem Zugehörigen zu führen suchen, auch wo, wie in Baden, die hauptsächlichsten Beschwern der katholischen Kirche nach dem Zugehörigen eines hochgestellten Geistlichen längst beizugeht sind. In Preußen haben die gemäßigteren Bestimmungen, die ohne Zweifel auch hier im Volke reichlich vertreten sind, sich bisher durch den Lärm und Terrorismus der Eiferer noch nicht Bahn zu brechen vermocht. Noch herrscht hier die Nüchternheit, welche in dem Worte eines westfälischen ultramontanen Blattes ihren bezeichnendsten Ausdruck findet: „Die kirchenpolitische Mäßigung, das ist der Feind.“ Herr Lender und die von ihm angeführte Bewegung finden in der norddeutschen Presse eine womöglich noch giftigere und gefährlichere Verurteilung als in den badischen ultramontanen Zeitungen. Noch führen in Preußen die Kampfphäre und Heizer das große Wort und schreien die Negung der Mäßigung und Friedensliebe nieder. Allein wir verweisen doch nicht daran, daß sich der Scheidungsprozess, der jetzt in Baden vor sich geht, mit der Zeit auch in Preußen vollzieht, daß auch hier die Richtung, die den Frieden wirklich erträgt und die wahren religiös-kirchlichen Interessen fördern will, sich loskämpft von dem wüsten Treiben der ultramontanen Heizer und Volksaufwiegler. Je näher das geschieht, um so rächer werden wir auch in Preußen zu einem Frieden gelangen, bei dem die katholische Kirche ihre wahren Aufgaben in Eintracht mit andern Bekenntnissen und mit dem Staate ungehindert erfüllen kann.

Ueber die Frage, ob der Papst die preussische Verlage begünstigt habe oder nicht, wird in den Blättern immer noch viel hin- und hergefahren, ohne daß man auf diese Weise zu einem bestimmten Ergebnis gekommen wäre. Von römischen Korrespondenten, welche sich bisher als in der Regel gut unterrichtet benehmen, wird versichert, daß der Papst, durch die Durchkreuzungsbestimmungen des Centrums bewogen, der preussischen Regierung noch größere Zugeständnisse gemacht habe, als es anfangs seine Absicht gewesen wäre. Er habe sich namentlich sehr verlegt gefühlt durch die Angabe, die Vorschläge der preussischen Regierung hätten im Vatikan verblüht. Nichts von alledem treffe zu, im Gegenteil seien die Verhandlungen über einen friedlichen Abschluß des Kampfes so gut wie beendet. Freilich wird durch diese Darstellung immer noch nicht das Geheimniß darüber aufgehellt, ob der Papst diese Vorlage gutgeheßen habe.

* In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrats gelangten die Ausschussberichte zu dem Gesetzentwurf betreffend das Branntweinmonopol zur Berathung und hat der Bundesrat dem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt.

* Die Verhandlungen der Kommission des Reichstages, welcher die Vorberathung des Zuckersteuerentwurfs überwiesen worden ist, laufen jetzt in außerordentlichem Grade das öffentliche Interesse auf sich, weil die Regierung zu den dort gefaßten Beschlüssen sich ablehnend verhalten will. Die Beschlüsse sind auch noch deswegen bemerkenswert,

weil in der ersten Lesung der Kommissionsberathung das Gegentheil von ihnen angenommen worden war. Beiläufig durch eine veränderte Reihenfolge sind die gegemährigen Beschlüsse zu Stande gekommen. Angenommen wurde ein Antrag des Herrn von Malchow, der eine sogenannte Melassesteuer einführt, das heißt einen Zuschlag zur Rübensteuer für solche Fabriken, welche die in ihnen erzeugte Melasse entzuckern, und eine selbstständige Steuer für solche Fabriken, die lediglich Melasse ohne Rüben verarbeiten. Die Regierung hat sich gegen eine Melassesteuer ausgesprochen. Eine Melassesteuerung läßt sich nur dadurch durchführen, daß jede Fabrik das Verfahren, welches sie innehat, genau beschreibt und sich verpflichtet, an diesem Verfahren festzuhalten, daß die Regierung von vornherein sich darüber entscheidet, ob sie in diesen Verfahren eine Melasse-Entzuckerung erlischt oder nicht, und daß sie alsdann eine strenge Kontrolle darüber aufrecht erhält, ob von diesem Verfahren nicht abgewichen wird. Die ganze Neuerung würde der Freiheit in den Fabrikationsbetriebe, die bisher bestanden hat, ein Ende bereiten. Die Regierung wird den Kommissionsvorschlag nicht annehmen. Nach der Meinung eines Mitgliedes der Kommission ist die Melassesteuer nur ein satirischer Zug, damit gar nichts zu Stande komme. Die Regierung wird sich in letzter Stunde genöthigt sehen, das Nothgesetz vom Jahre 1883, das schon einmal verlängert ist, noch einmal zu verlängern, und damit wird der Zustand der Ungewißheit in der Industrie dauernd gemacht.

* In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission für die Verathung der Ackermann'schen Anträge zur Gewerbeordnung wurden § 146, der die Ertheilung von Prüfungszeugnissen durch staatliche gewerbliche Unterrichtsanstalten zuläßt, und § 147, der eine dreijährige Befristungs- und Befehlenseit vorschreibt, angenommen.

Ein Mitglied der Debatte der „Kreuzzeitung“ hat dem Fürsten Nicolaus von Montenegro einen Besuch abgethan und bei dieser Gelegenheit ihn ein wenig ausgehört. Viel von Belang hat der Fürst aber bei aller ihm nachgerühmten Kreisensubtilität nicht verstanden. In der Unterhaltung, welche der Fürst in französischer Sprache führte, das beruhte zunächst seiner hohen Verriedigung über den überaus freudlichen Empfang Ausbruch, welcher ihm in Berlin, insbesondere dem Kaiser und vom Kronprinzen — letzterer habe ihm gestern einen längeren Besuch abgethan — zu Theil geworden sei. Der Fürst erwähnte dabei gleichzeitig, daß er auch mit dem Fürsten Bismarck eine Unterredung gehabt habe. Die Stadt Berlin, fuhr der Fürst fort, sei ihm zwar von einem früheren Besuche her bekannt; inwiefern sei er überaus durch die großartige Gemüthlichkeit, welche dieselbe letzter erwidern habe. Auf die Politik übergehend, betonte der Fürst, wie wenig die mitrathischen Vermuthungen berechtigt seien, welche man mehrfach an seinen Aufenthalt in Petersburg zu knüpfen für gut befunden habe. Seine Beziehungen seien zu allen Mächten, insbesondere auch zu Deutschland, die allerfreundlichsten; auch sei der Kaiser der europäischen Mächte, den Frieden aufrecht zu erhalten, ein so entschiedener und allgemeiner, daß für kriegerische Eventualitäten kein Raum sei. Es sei ja nicht zu vergessen, daß der Vertrag zwischen der Serbie und Bulgarien einige Punkte enthalte, an welchen die russische Regierung Abstand nehme, inwiefern dürfte man sich der höheren Hoffnung hingeben, daß diese Differenzen auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen ihren Ausgleich finden würden. Den günstigen Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien hielt der Fürst für gesichert.

* Aus Wien wird vom 18. ds. telegraphirt: In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte der Unterrichtsminister Gautsch von Frankenturn auf eine Anfrage des Abg. Varenther, er habe das Buch „Die deutschen Schlichttage von 1870“ in den Schülerbibliotheken verboten, weil, wie eine Gerichtsverhandlung ergeben habe, ein Schüler in Ludweis sich durch das Lesen des Buches zu einer Majestätsbeleidigung auf offener Straße habe hinreißen lassen. Der Ausbruch „unauffällig“ bezüglich der Ausföhrung des Verbots sei aus erzieherischen Gründen gewählt worden, um die Jugend nicht noch besonders auf das Buch aufmerksam zu machen. Der Minister fügte hinzu, es könne Niemanden einfallen, der Jugend die volle Kenntniß der deutschen Selbenthaten nehmen zu wollen.

* In der französischen Kammer hat gestern der Minister des Innern den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen durch die Stadt Paris eingebracht. — Gutem Vernehmen nach würde die Regierung bei der heute stattfindenden Berathung der Kommission über den Antrag auf Ausweisung der Prinzen darauf beharren, daß der Antrag nicht in Ermäßigung gezogen werde, wohl aber den Vorschlag einer Vermittlung acceptiren, durch welche die Befugnisse, die der Regierung auf Grund des polizeilichen Auflichtsrechts den Prinzen gegenüber zustehen, genau festgelegt werden.

* In Windhor fand gestern unter dem Vorsth der Königin ein Ministerrath statt, in welchem Gladstone zum



Lord - Geh. Siegelbewahrer ernannt wurde. — Die Annahme des Rosen als Geheimiegel-Bewahrer von Seiten Gladstone's wird dahin gedeutet, daß Dille kein Amt im Kabinett angeboten wird. — Der Regierung liegt gegenwärtig ein Plan zur Prüfung vor, die beschäftigungslosen Arbeiter bei den Erdbarbeiten zur Befestigung der Uferanlagen der Themse und anderer großer Flüsse zu verwenden. — Der „St. James-Gazette“ zufolge ist das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Chamberlain's in Umlauf, welcher sowohl bezüglich der Politik des Kabinet's als der griechischen Frage als auch hinsichtlich einiger Punkte des Gladstone'schen Programms sich mit demselben nicht im Einklangem befindet.

* Die serbisch-bulgarischen Friedensverhandlungen, welche in Bukarest stattfinden, nehmen einen langsamen Verlauf, ohne daß man sich mit dem Worte trösten könnte: was lange währt, wird gut. Es fehlt nicht an Propbeten, welche für nächstes Frühjahr einen Wiederausbruch der Feindseligkeiten in Aussicht stellen. Diese Annahme dürfte doch inwiefern etwas zu pessimistisch sein. Wie es heißt, hätte Kuzlaw die türkische Note jetzt dahin beantwortet, daß es keine Zustimmung zu dem türkisch-bulgarischen Abkommen ausgeprochen hätte mit Ausnahme des Artikels betreffend die Militärkonvention.

Die in Bukarest verammelten Delegirten zur Friedenskonferenz traten gestern zu einer Privatbesprechung zusammen, bei welcher zur Erleichterung der Beratung einzelner Artikel des Friedensvertrages das darauf bezügliche Material vorbereitet wurde. Die Delegirten betonen die Unterstützung, welche ihnen durch die Vertreter der Mächte bei dem Friedenswerke zu Theil werde und erwarten bestimmt die Unterzeichnung des Friedensvertrages vor Ablauf des Waffenstillstandes. — Nach Nachrichten aus Sofia hat Fürst Alexander im Hinblick auf die morgen ablaufende Kündigungsrunde des Waffenstillstandes erneut und sehr dringend nachgegeben, daß ihm Sicherstellung gegen militärische Uebergriffe gegeben werden müßte.

Die Mächte haben die griechische Regierung wiederholt aufgefordert, abzurufen. Die englische Regierung ist entschlossen, einen Krieg zwischen Griechenland und der Türkei nicht zuzulassen und gemeinsam mit den meisten übrigen Mächten die griechische Flotte an einen Angriff auf türkisches Gebiet thätig zu verhindern. Auch der französische Konjul in Conca hat die gemeinsamen Befehle, sich jedes Schrittes zu enthalten, der als Ermuthigung der gegen die Türkei gerichteten hellenischen Agitationsversuche erscheinen könnte.

Als Bukarest wird telegraphisch gemeldet: In Folge der Vorstellungen des Königs, welcher an den Patriotismus Bratiano's appellirte, und nach den in einer gestern Abend im Bureau des Senats stattgehabten Vereinigung der Majorität des Parlaments von Kammerpräsidenten Decca abgegebenen Erklärungen, dessen Intervention in die Debatte die Demission Bratiano's herbeiführt hatte, hat das Kabinett seine Entlassung zurückgegeben. Die Deputirtenkammer beschloß mit 78 gegen 34 Stimmen, den Gesetzentwurf über die Nationalbank, dessen Beratung gestern zu dem Demissionsgesuch des Kabinet's Veranlassung gab, in Erwägung zu ziehen.

* Zur Vorgehichte des Lubliner Exzeßes wird jetzt Weiteres gemeldet. Im vorigen Sommer wurde von dem Warschauer Generalgouverneur Gurko ein Beamter nach Lublin geschickt, um zu untersuchen, wer daselbst von den ungleichlichen Trauungen und Töten der ehemaligen Unianen durch die katholische Geistlichkeit die Schuld trage. Die Untersuchung ergab, daß die lokale Priefterseelsorge und die Dominikanerorden die ehemaligen Unianen als zur katholischen Kirche gehörig betrachteten und daß der Hauptbeschuldige der Wikar der Lubliner Kathedrale, Presmizki, sei. Derselbe wurde verhaftet und ihm ähnliche kirchliche Handlungen verboten. Trotzdem vollzogen die Mönche fernerhin die gleichen gottesdienstlichen Handlungen. Darauf erhielt der Gouverneur von Lublin am 30. Januar den Befehl, die Mönche Saksowski, Stitschki Skomanski Tags darauf in das Gouvernements-Monach überführen zu lassen. Am 31. Januar ließ der Polizeimeister den Klosterbau rufen und erstellte ihm diesen Befehl. Der Polizeimeister ist noch sehr jung, erst 26 Jahre, und sehr unerschrocken. Nebenfalls drang die Nachricht betreffend der Mönche vorher in die Öffentlichkeit und führte den bekannten Exzeß herbei. Es soll dabei aus den Häusern geschossen worden sein. Inzwischen hat man die drei Priester bereits ohne vorausgegangenes Prozeßverfahren nach Sibirien geschickt und zu sechs- bezw. achtjähriger Verbannung verurtheilt. — Welchen hochwichtigen Rang die Regierung bei der neulichen Verhaftung des Wlilisten Führers Iwanow gemacht hat, wird immer klarer. So erzählt man sich in Petersburg ein Wort, das angeblich aus dem Munde des Justizministers stammt und demzufolge die Regierung sich Jahre lang vergeblich bemüht habe, die beiden ihr wohlbestimmten Säupter der Wlilisten bündig zu machen. Diese Führer hätten ihre Hand liberal im Spiele gehabt und seien die Seele aller revolutionären Unternehmungen gewesen. Jetzt endlich sei die Hauptaufgabe des Einen in Iwanow gelungen; es fehle nur noch der Zweite.

Deutscher Reichstag.

49. Plenarsitzung vom 18. Februar 1886.

Auf der Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verleihung der Gültigkeit des Sozialistengesetzes in Verbindung mit der Beratung der Darlegung über die von der preussischen, sächsischen und hamburghischen Regierung auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Die Sozialdemokraten beantragen getrennte Beratung beider Gegenstände. Abg. Holenclaver begründet, Abg. Richter-

Sagen unterstützt diesen Antrag. Abg. v. Hellborn widerpricht. Abg. Muer protestirt gegen eine gemeinsame Behandlung beider Gegenstände als einen Angriff gegen die Redefreiheit. Man sollte einen Angeklagten nicht das Recht verweigern, gehört zu werden. Abg. v. Malbahn bemerkt, wenn die Herren von der Sozialdemokratie bei der geringen Befestigung der Anordnung besser aufgepaßt hätten, würde diese Debatte nicht notwendig geworden sein. Abg. Hebel und Singer verlangen getrennte Beratung, sollte aber früher immer stattgefunden. Abg. Dr. Windthorst weist die Behauptung Muer's zurück, er hätte sich über getrennte Beratung, um auch nur den Willkür einer Verdrängung der Redefreiheit zu betheiligen. Abg. Dr. Marquardien giebt eine ähnliche Erklärung ab, worauf getrennte Beratung gegen die Stimmen der Deutschkonventionen beschloffen wird.

Die Beratung beschloß sich demgemäß zunächst auf die Debatte bezüglich des kleinen Belagerungsstaates von Berlin, Leipzig, Altona und Hamburg.

Abg. Viereck: Die Maßregel des kleinen Belagerungsstaates sei eine unzulässige Einschränkung. Die zunehmende Ausbreitung der Sozialdemokratie habe den Gedanken der Uebernahme der Maßregel nach Deutschland zur Folge gebracht und die Attentate kamen gerade rechtzeitig, um ihre Einführung zu rechtfertigen. Söbel sei das Produkt der heutigen Erziehung gewesen, der die Sozialdemokratie entgegenarbeite. Uebrigens sei die Söbel'sche Kugel bis heute nicht gefunden. Das Sozialistengesetz habe zur Reaktion geführt, die Söbel'sche Unruhe, jetzt die Belagerung in Berlin, die Folgen davon. Die Sozialdemokraten würden gegen das Hauptverbot stimmen, das auch ein Produkt der Reaktion sei. (Der Präsident macht den Redner wiederholt darauf aufmerksam, daß der Belagerungsstaats zur Beratung habe.) Die Sozialdemokratie sei keine Partei des gewaltthätigen Unruhens, sie mache ihre Ansprüche in ruhiger Weise geltend. Die Unruhen in London hätten mit der Sozialdemokratie nichts zu thun; in England gebe es keine Sozialdemokraten. Ueber den vielschichtigen Belagerungsstaats habe die Regierung verpflichtet, dem Reichstage Bericht zu erstatten. Die Verhängung eines Belagerungsstaates sei ganz unmittelbar erforderlich, wenn die Sozialdemokratie das Produkt des Sozialistengesetzes. Dasselbe habe die Sozialdemokratie nicht vernichtet; im Gegenteil, unter dem kleinen Belagerungsstaats habe sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in Berlin und Leipzig vermehrt. Er sei aus Leipzig ausgewandert, um sich in einer anderen Stadt gegen den übermächtigen Polizeibeamten, der ihn ungerichteter Weise zur Sache gewiesen, eine Bemerkung erlaubt habe. Wenn er jetzt als Abgeordneter Leipzig verlassen müßte, müßte er sich stets auf dem Wahnbode bei der Polizei anmelden. Ein Polizeibeamter in Leipzig habe sich in einer Sitzung gemeldet, weil er es nicht mit seinem Gewissen habe vereinbaren können, das Sozialistengesetz auszuführen.

Abg. Frohne beschwert sich über den Vertheidiger, der ihm von der Altonaer Staatsanwaltschaft auf die Anklage gegen den verurtheilten Söbel zu Theil geworden. In dem Bericht wurden die Sozialdemokraten auf Grund eines Artikels des „Sozialdemokrat“ als Leute hingestellt, denen ein Meineid zu vertrauen sei. Das sei eine schwere Beleidigung, die er hier, vor dem Tribunale der Öffentlichkeit, entziehen zurückweise. Der Anwaltschaft sei der Minister für den Fall ein Mann, der auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen wurde, nicht einmal getraut, noch einmal zu Frau und Kindern zurückzukehren. Er erhebe gegen Schröder deshalb bei die Anklage wegen Amtsmissbrauch. Für die Frankfurter Friedensvorlesungen mache er direkt den Minister v. Puttkamer verantwortlich, der Minister sei verantwortlich für die Blutarbeit, die dort auf dem Kirchhofe verübt worden. Auf gewisser Seite sei gemüthlich worden, daß über Frankfurt a. M. der kleine Belagerungsstaats verhängt werde; das würde geschehen sein, wenn die Ueberfallenen Zeit gehabt hätten, sich zur Wehre zu erheben. Der Herrab die Ueberfallenen, die Brigantenüberfall geblieben. Er glaube nicht, daß Jemand so ehr- und pflichtvergessen sein werde, jene Vorgänge zu rechtfertigen. Die Deutschtöchter über den kleinen Belagerungsstaats enthalte seinen gelunden Gedanken. Dinge, für welche heute die Konventionen und die Regierung eintreten, seien früher als ein Angriff auf die bestehende Ordnung angesehen worden und hätten Herrn v. Tetzendorf zur Anklageerhebung veranlaßt. In welcher fribolen Weise die Mächte seine Anhänger auf! (Der Präsident ruft den Redner wegen der letzteren Äußerung zur Ordnung.)

Minister v. Wittmer er stellt Frohne gegenüber fest, daß er nie einen Beamten in Schutz genommen habe, denn eine Ausdehnung nachgewiesen sei; er sei aber verpflichtet bloße Behauptungen und Verdächtigungen gegen Beamte, die ohne jeden Beweis aufgestellt worden, zurückzuziehen. Die inhumanste Verletzung der Beamten habe Gegenstände zur Folge, wie die Ermordung des Polizeiraths Mümpf. Die Frankfurter Friedensvorlesungen bebauere er, aber nicht nur nach der einen, sondern auch nach der anderen Seite hin. Die Sozialdemokraten sollten endlich einmal andere Gelegenheiten benutzen als Redebühnen, ihrem Herzen Luft zu machen. (Auf: Welche?) In der Debatte über die Sozialdemokratischen Versammlungen hat. Am nächsten würde es gewesen sein, die Frankfurter Verdrängungsdemonstration überhaupt zu verbieten, wie das in Berlin geschah.

Abg. Singer: Den Sozialdemokraten werde jede Gelegenheit abgebrochen, zum Wort zu kommen. Andere Verdächtigungen erfolgten auch unter Neben und Manifestationen, worum wolle man dies den Sozialdemokraten verbieten? Warum denn wissen, was ein Sozialdemokrat an einem Grabe vordringen werde? Bei den Versammlungsverboten wie bei den Ausföhrungen von Versammlungen herrsche die größte Willkür. Weder betretet unter Anführung einer Reihe von Spezialfällen daß das Sozialistengesetz mit gehandhabt werde. — Sozialdemokratische Arbeiter würden durch polizeiliche Verfolgung um Lohn und Brod gebracht. Er betrete ferner, daß die sozialdemokratische Bewegung Verhörung der Stimmung und Exzeß zur Folge hätte, daß die Arbeiter immer nur von den Anderen geliebt. Ein gewisser Mäblo habe sich in einem Berliner Arbeiterbezirksverein eingeschlichen und Attentate u. i. w. in Aussicht gestellt, so daß es schließlich den Vereinsmitgliedern zu toll geworden. Es habe sich schließlich herausgestellt, daß dieser Mann der Arbeiter der Arbeiter der Arbeiter sei. Der Mann sei in öffentlicher Versammlung entlarvt worden. Die Neigung zu revolutionärer Bewegung sei unter den Berliner Sozialdemokraten nicht vorhanden; sie werde ihnen nur gewaltsam impunit.

Minister v. Puttkamer: Er habe sich reichlich mit Material versehen; es sei unmöglich auf jeden Fall vorbereitet zu sein, der hier vorgebracht werde. Hätte ihm der Redner vorher den Fall angegeben, so könnte er heute eingehend Rede halten. Was den Fall Mäblo anlangt, so könne er nicht sagen, was Mäblo im Auftrage der Polizei gethan oder nicht gethan habe. Er werde durch Anklagen, wie die des Redners, der Verdacht zu erwecken versucht, daß die Regierung durch agents provocateurs sich des Verdrehens bediene, um Verbrechen zu erzeugen. Er werde das entziehen zurück; er hoffe, daß in dem Saale außer den Sozialdemokraten Niemand der Verdacht erwecken werde, in jeder Beziehung autraue. (Auf: links: Vier mit Mehrere!) Der Fall solle untergebracht; könne solches erbracht werden, so werde er Rede wieder schloffen.

Abg. Singer erklärt sich bereit, den gewöhnlichen Beweis zu liefern.

Abg. Berner: Er habe sich oft bedauernd über die an die königliche Regierung in Magdeburg und auch an den Minister des Innern gewandt, aber immer abblätigend; er überpaßt seinen Vertheidiger erhalten.

Die Debatte über die Denkschriften wird geschlossen. Es wird zur Beratung der Vorlage wegen der Verlängerung des Sozialistengesetzes übergegangen.

Abg. Mayer-Württemberg: gegen die Verlängerung. Sollte denn das Sozialistengesetz die erste Regierungsperiode des neuen deutschen Reiches überdauern, sollte es den ersten Kaiser überdauern? Man solle doch endlich auf den Boden des gemeinen Rechts zurücktreten.

Abg. Hebel: Daß sich die Regierung des agents provocateurs bediene, sei nachgewiesen; er erinnere nur an die früher an dieser Stelle von seinen Freunden und von ihm angeführten Fälle. Wie archaisch erregt solche Maßregeln die Leute sind, und wie erbärmlich klein das deutsche Reich. (Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Die Nationalliberalen hätten bei den Wahlen mit den Sozialdemokraten gebüht und eine Spaltung eingenommen. Man habe die Sozialdemokraten mit dem Gesetz bedrückt, den Interessen des Bergbaues nach Maßigkeit entgegenkommen, nur würden dadurch nicht andere Interessen geschädigt werden. Man müsse auch vorzüglich mit der öffentlichen Diskussion die Dinge sein, da Maßregeln, welche zur Unterstützung unserer Industrie ergreifen, auch das Ausland zu Maßregeln veranlassen. Die Abg. v. Schorlemer und Dr. Arndt plaidiren für Einführung eines Nothpreises.

Die Weiterberatung wird auf morgen 1 Uhr vertagt.

* Das Abgeordnetenhaus erledigte den Etat der Berg- und Hüttenwerke. Die Debatte erstreckte sich namentlich auf die Lage des Bergbaues und die Mittel zur Beförderung derselben. Abg. Wüchtemann machte im Gegensatz zu dem Abg. Schmiebig, Dr. Sammader und v. Schorlemer-Mitt die Eisenpolizei verantwortlich. Minister Mäblo erklärte sich bereit, den Interessen des Bergbaues nach Maßigkeit entgegenzukommen, nur würden dadurch nicht andere Interessen geschädigt werden. Man müsse auch vorzüglich mit der öffentlichen Diskussion die Dinge sein, da Maßregeln, welche zur Unterstützung unserer Industrie ergreifen, auch das Ausland zu Maßregeln veranlassen. Die Abg. v. Schorlemer und Dr. Arndt plaidiren für Einführung eines Nothpreises.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 18. Februar. Die amtliche Zeitung veröffentlicht eine Verordnung, durch welche die Pferdeausfuhr aus Bosnien und der Herzegovina nach dem Auslande verboten wird.

Peft, 18. Februar. Ein Erlaß des Ministers des Innern an sämtliche Gemeindegörden unterlagt mit Hinweis auf die Neutralität des Staates Werbungen und Sammlungen zu Gunsten der ungarischen Legion für Serbien.

Kischineff, 17. Februar. In dem Prozesse gegen die jüdische Räuberbande, welche einen katholischen Priester in Westy herab und der Polizei bewaffneten Widerstand geleistet hatte, verurtheilte das Kriegsgericht drei der Angeklagten zum Tode und drei zu je fünfzehnjähriger Zwangsarbeit.

Philippopol, 17. Februar. Fürst Alexander ist heute Radmitig, begleitet von seinem Bruder, Prinzen Franz Joseph von Battenberg und dem Minister Karawelow hier eingetroffen und feierlich empfangen worden. Bald nach der Ankunft des Fürsten im Palais machten die Konjul ihre Aufwartung. Die Stadt ist festlich geschmückt. Abends fand eine Illumination statt.

Philippopol, 18. Februar. Fürst Alexander gab beim Empfang der Konjul seinem Vertrauen in eine nahe bevorstehende friedliche Lösung der rumelischen Frage und in die Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zu Serbien Ausdruck.

Tages-Chronik.

* Der Kaiser besuchte vorgestern Abend die Vorstellung im Opernhause. Gegen 9 Uhr fand bei den Majestäten eine größere Theatralgesellschaft statt, an welcher auch der Kronprinz, der Fürst von Montenegro nebst seinen beiden Begleitern und andere hohe Herrschaften und Fürstlichkeiten z. theilnahmen. — Im Laufe des gestrigen Vormittags nahm der Kaiser den Vortrag des Hausmarschalls Grafen Perponcher und demnach die persönlichen Werbungen mehrerer höherer Offiziere entgegen. Am Abend fand bei den Majestäten im Weihen Saal eine größere Ballschicht statt, zu welcher über 1700 Einladungen ergangen waren.

* Ueberreichung des Spielfischreins an das Kronprinzenpaar. Die Feier der Ueberreichung des von dem Verein für Deutsches Kunstgewerbe dem Kronprinzenpaar zur Silberhochzeit gemachten Spielfischreins fand gestern Vormittag vor geladenem Publikum im Umland der königlichen Akademie der Künste statt. Der Kronprinz verweilte fast zwei Stunden bei der Befichtigung des Kunstwerks, während die Kronprinzessin schon eine Stunde vorher sich verabschiedet hatte.

* Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Anleihe von 50 Millionen Mark bei stasfweiseer Aufnahme mit 3 1/2 Prozent beschloffen.

* In diesen Tagen ist von Berlin aus eine wissenschaftliche Expedition nach Kleinasien abgegangen, an welcher ein gewisses Fluggebiet an der Küste des Schwarzen Meeres, welches wissenschaftlich bisher noch nicht durchforstet worden war, zu untersuchen. Der Führer der Expedition ist Premier-Lieutenant v. Dieß, der schon früher längere Zeit im Orient war und der türkischen Sprache mächtig ist. Ihm haben sich angegeschlossen der Sekonde-Lieutenant Prinz Schönbach-Carolath, Architekt Senft und ein Privatmann Herr Peters. Im Besitze des Architekten Senft befindet sich ein ganz neu konstruirter Apparat, der es ermöglicht, mit den photographischen Aufnahmen zugleich trigonometrische Messungen vorzunehmen. Somit aber hat die Expedition, wie die „Post“ schreibt, durchaus keinen offiziellen Charakter, was schon aus dem Umstande hervorgeht, daß die beiden Offiziere angewiesen sind, nicht in Uniform zu erscheinen. Derselben haben einen Urlaub von sechs Monaten erhalten.

Interims-Stadt-Theater.

(Vor dem Steinthor 7 und 8).
Direktion: F. Gluth.

Unwiderruflich letzte Abschieds-Vorstellung!
Sonabend den 20. Februar 1886.

Letztes Gesamt-Gastspiel des Schauspiel-Ensembles der

Liliputaner,

die neun Zwerge,

unter Mitwirkung des gesamten Schauspiel-Personals des königstädtischen Theaters in Berlin (30 Personen).

2 Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr:

Sneewittchen und die Zwerge.

Märchen mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von C. F. Görner.

Loge 1,50 Mk. Parquet 1 Mk. Parterre 50 Pfg. Gallerie 30 Pfg.

Abends 7/8 Uhr:

zum 5. und letzten Male:

Die kleine Baronin.

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen von Hans Groß. Musik von Max Maurhner. In Scene gesetzt von Direktor Carl Martin.

Dirigent: Kapellmeister Max Maurhner.

1. Abtheilung: Die kleine Garde. 2. Abtheilung: Die Nacht. 3. Abtheilung: Die Verhaftung. 4. Abtheilung: In der Felsenhaide.

Personen:

Baron von Wolfram	— Hr. Randolf.	Sago	— — — — — Hr. Barfanz.
Ulrike, seine Schwester	— Fr. Lindner.	Erster Polizeibeamter	— Hr. Eberberg.
Selene, seine Tochter	— Fr. Wagnon.	Zweiter	— Hr. Gaedel.
Nachtrag, ein Sänger	— Hr. Walter.	Ein Postillon	— Fr. Mayer.
Elisette, Köchin	— Fr. Wahr.	Frau Schulze, Wirthin	— Fr. Mann.
Fritz, Inspektor	— Fr. Goerner.	August, ihre Kinder	— kleine Müller.
Knider, Kutscher	— Hr. Wolf I.	Vieschen,	— kleine Fried.
Zosif, sein Sohn, Koch	— Hr. Wolf II.	Fleising, deren Lehrer	— Hr. Zimmermann.
Peter, Groom	— Hr. Ebert.	Marie, Kellnerinnen	— Fr. Wadlow.
Louis, Kellnerburche	— Hr. King.	Luisie,	— Fr. Rudolf.
Marie, Stubenmädch.	— Fr. Raeger.	Ein Kellner	— Hr. Sumpf.
Babette, Haushälterin des Barons	— Frau Juszeit.	Erster Schutzmann	— Hr. Wolfram.
Brummer, Kammerdiener des Barons	— Hr. Fröhauß.	Zweiter	— Hr. Frey.
Hänschen, sein Sohn	— Hr. Steinmann.	Schwarzschimmel, Circusdirector	— Hr. Lüders.

Postillone, Polizisten, Schulleute, Herolde, Feuerwehrmänner, Diener, Spaziergänger.
Ort der Handlung: 1. u. 2. Akt auf dem Gute des Barons, 3. u. 4. Akt in Berlin.
Zeit: Gegenwart. Nach dem 1. u. 3. Acte je 10, nach dem 2. Akt 15 Minuten Pause.

Preise der Plätze:

Loge 2,50 Mk. Parquet 2 Mk. Parterre 1,25 Mk. Gallerie 50 Pfg.
Der Vorverkauf befindet sich bei Schrödel & Simon, Buchhandl., am Markt.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr.

Atlas-Damenköper, Atlas-Bettdeckel, Damast-Bettbezüge, Bettfedern und Daunen

in vorzüglichster Qualität empfohlen
Wilh. Walter, Feinhandlung, Leipzigerstraße 92.

Das allgemeine Urtheil ist die zuverlässigste Bürgschaft für den Werth und die Güte einer Sache.

Philipp Greve-Stirnberg's

Magenbitter „Alter Schwede“

wurde unterm 12. März 1859 concessionirt und auf den Industrie-Ausstellungen zu London 1862, zu Dublin 1865, zu Paris 1867, zu Wien 1873, zu Bremen 1874, zu Amsterdam 1883, zu Boston 1883, zu London 1884 und zu Antwerpen 1885 prämiirt.

Derselbe ist das vorzüglichste Genussmittel zur Förderung der Verdauung und ist ächt und unverfälscht zu haben:

in Halle bei Julius Bethge, Leipzigerstrasse, B. Falcke, Leipzigerstrasse, Ferd. Hille, Geiststrasse, Paul Jahn, Leipzigerstrasse, Aug. Lauffer, Leipzigerstrasse, Rich. Musculus, Brüderstrasse, G. W. Thieme, Leipzigerstrasse.

Bei dem lebhaften und sich stets mehrenden Absatze, dessen sich unser **Alter Schwede** erfreut, können wir nicht umhin, unsere verehrten Consumenten noch besonders darauf aufmerksam zu machen, dass es noch immer Geschäfte giebt, die es nicht für **Betrug halten**, sich unsere **Originalflaschen** zu beschaffen, und daraus dem Publikum ganz gewöhnliche Bitterbranntweinfabrikate, welchen **ohne jedes Recht** der Name **Alter Schwede** beigelegt, als unser ächtes Fabrikat zu verkaufen.

Philipp Greve-Stirnberg in Bonn,

alleinige Fabrik des ächten Magenbitters „Alter Schwede“.



Die ausserordentliche Verbreitung dieses Hausmittels hat eine ebenso grosse Zahl ähnlicher Präparate als Nachahmer hervorgeführt, welche sich nicht entblöden, Verpackung, Farbe und Brikette in täuschender Weise herzustellen. Die Packete des ächten Tollwerck'schen Fabrikates tragen den vollen Namen des Fabrikanten und kennzeichnen sich die Verkaufsstellen durch ausgelegte Firmenschilder.

Pa. Weizen- u. Roggenmehl der Allsich. Walzenmühle, Garantie, höchste Backfähigkeit, Mühlenspr., im Wehlgesch. Klausdorferstr. 4.

Carl Th. Plötz,

52. gr. Ulrichstr. 52.

Billigste Bezugsquelle

Gummi-Wäsche.

Stehkragen Stück 45 Pf.

Klappkragen " 60 "

Manchetten Paar 1 Mk.

(Kinder) " 75 Pf.

Billigste Bezugsquelle

Gummi-Wäsche.

Carl Th. Plötz,

52. gr. Ulrichstr. 52.

- Frische Holländer Anstern,
- Feinsten Astrach. Caviar,
- Prima ger. Rheinflachs,
- Straßb. Gänseleber-Pasteten,
- Mecklenburger Spidaal,
- Aecht Hamburg. Rauchfleisch,
- Frisches Rehwild empfing
- **Wilh. Schubert.**
- Die feinsten eingelegt. Gemüse als: Stangen- u. Brechspargel,
- Erbsen, Schnittbohnen,
- Carotten u. c. empfiehlt
- **Wilh. Schubert.**
- gr. Stein- u. gr. Ulrichstr.-Ecke.
- Sauerfohl à Pfd. 8 Pfg.
- E. Assmann, gr. Steinstr. 16.



Landschweine

zum Verkauf bei C. Birke in Siebichensein, Brunnenstr. 55.

Frischer Seedorf

traf Jacobs ein bei

W. Stieme,

gr. Ulrichstraße 35.

Täglich frische Franstädter Würstchen.

Täglich frisch gek. Zunge,

" " " Schinken,

" " " Hamburger,

frische Gänselebertrüffelwurst,

Trüffelwurst,

Braunschweig. Mettwurst,

" Cervelatwurst,

" Lungenwurst,

sowie Kieler Fettbücklinge,

" Sprossen,

" Flundern,

geräuch. Aal,

div. Sorten Käse empfiehlt

W. Stieme,

gr. Ulrichstraße 35.

Zur Confirmation!

Großartige Qualitäten in 7/8 breiten schwarzen Cachemirs, 10 verschiedene Sorten von 1,75-3,50 Mk pro Meter; schwarze Seiden-Kleider-Stoffe in Nips, Röber u. weichen extra eleganten Geweben, unter langjähriger Garantie, von 3,50-7 Mk pro Meter empfiehlt in größter Auswahl
Gr. Steinstraße 73.
Robert Cohn.

Schwarze Cachemirs

vorzüglichstes Fabrikat u. sehr preiswerth empfiehlt

Wilh. Walter, Leipzigerstraße Nr. 92.

Rosen- und Beilchen-Abfallseife

in vorzüglicher Qualität empfiehlt 3 Stück 40 Pfg.

M. Waltsgott.

Echte Teltower u. Märkische Nibchen, Erfurter Brunnenscreffe, Italiener Blumenfohl, grünen Kopfsalat, Radiceschen, Endivien, Schwarzwurzel, Holl. Rothfohl empfiehlt

A. Schmeisser,

Markt 13, im Keller.

Sehr schöne Speisekartoffeln, guttrockene Hülsenfrüchte empf.

A. Schmeisser,

Markt Nr. 13, im Keller.

Ruh-Käse

in feinsten reifer Waare, in Schocken und Einzelnen billigt

H. Märterstraße 8.

Haus-Verkauf.

Das Hausgrundstück Gommersgasse 9, mit Thoreinfahrt, gr. Hof u. Schuppen, zu jed. Gesch. pass., zu verk. Näheres daselbst 1 Tr.

Prima holländ. Austern, frische Helgol. Hummern, französische u. ungarische Poularden.

Pfuhlen, Vierl. Hähnchen, frisches Birk- u. Haselwild, frische franz. Trüffel, Radices, Mandarinen, Messinaer u. Blutorangen, frische Milkkräuter empfing

Julius Bethge.

Prima Astrach. Caviar, feinsten Ural- u. Elbcaviar, fettesten ger. Rheinflachs, Pommersche Gänsebrüste, Kieler Sprossen, ger. Aale, Strassburger Gänseleberpasteten,

echt. Hamb. Rauchfleisch, tägl. frisch gek. Zunge, alle feineren Wurstwaren, div. Sorten feiner Käse, echt Westf. Pumpernickel, täglich fr. Siedewürstchen u. feinste süsse Sahnenbutter empfiehlt

Julius Bethge,

Leipzigerstrasse 2.

Frishes Seedorf, Schellfisch, grüne Flundern, " Heringe.

G. Schnabel,

Friedrichsplatz.

Ziehung 25. Februar. Haupt-Geld-Gewinn 75.000 Mk.

Cölnner Domloose.

Ernst Haassengier.

Sierzu Beilage.

Für den redaktionellen und Inseratentheil verantwortlich Julius Mundelt in Halle. — Pöb'sche Buchdruckerei (M. Rietzschmann) in Halle.